

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

11.1.1888 (No. 11)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 11. Januar.

N^o 11.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 4. Januar d. J. gnädigt geruht, auf den Vorschlag des Präsidenten der Oberrechnungskammer den Verwaltungsgerichtsrath von Feder und den Geheimen Finanzrath Kirsch bei der Zollverwaltung zu stellvertretenden Mitgliedern der Oberrechnungskammer für die Budgetperiode 1888/89 zu ernennen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 10. Januar.

Die gestern von der „Post“ gebrachte Nachricht, daß die russischen Militärattachés bei den verschiedenen Regierungen zugleich mit friedlichen Erklärungen über die Befinnung des Zaren angefündigt hätten, es würden in nächster Zeit noch zwei bis drei Infanteriedivisionen aus dem Innern Russlands nach der Westgrenze verlegt werden, wird zwar aus Wien bestätigt; es ist aber bezeichnend für die hoffnungsvollere Anschauung der internationalen Lage, daß jene Meldung nirgends alarmierend gewirkt oder auch nur die Stimmung in unglücklichem Sinne wesentlich beeinflusst hat. Einmal steht diesen Truppenverschiebungen die Entlassung des ältesten Mannschafsjahrganges beim russischen Gardecorps gegenüber, sodann hat aber auch die politische Lage sich dem allgemeinen Dafürhalten nach so weit aufgeklärt, daß man jene Maßregeln nicht als im Zusammenhange mit der gegenwärtigen Situation stehend betrachtet. Damit stimmt die Versicherung von russischer Seite überein, daß die erwähnten Maßregeln lediglich in Ausführung des seit längerer Zeit bestehenden Truppenisloationsplanes erfolgten, der eine starke Defensivstellung Russlands nach der Westgrenze hin, aber durchaus keinen aggressiven Zweck verfolgte. Unter „Berlin“ gaben wir eine Mittheilung der „National-Zeitung“ wieder, der zufolge eine Aktion der Mächte, zur Beseitigung des vertragswidrigen Zustandes in Bulgarien, für die nächste Zeit zu erwarten wäre. Die Wichtigkeit dieser Mittheilung ist nicht zu kontrollieren; aber schon das Auftreten der letzteren in einem Blatte, wie der „National-Zeitung“, darf als Beweis dafür gelten, daß man jetzt den Boden für eine Verständigung der Mächte besser vorbereitet erachtet, als es vor einigen Wochen der Fall war. Indessen wird man sich doch hüten müssen, die Schwierigkeiten einer solchen Verständigung zu unterschätzen, zumal der Zwischenfall von Burgas daran mahnt, wie ungemein schwer auch das Moment des Unberechenbaren in die Waagschale der internationalen Situation fällt.

Deutschland.

* Berlin, 10. Jan. (Tel.) Seine Majestät der Kaiser verließ gestern im Bett, ist jedoch schmerzfreier und hat in der vergangenen Nacht leicht geschlafen.

Der „Vossischen Zeitung“ zufolge äußerte Seine Majestät der Kaiser beim Empfange der Halloren, als dieselben ihre Neujahrsglückwünsche abtatheten, die neuesten Nachrichten aus San Remo seien recht gute, die Zeit der schlimmsten Besirchungen sei vorüber und man habe vollberechtigte Hoffnung, daß der Kronprinz im Frühjahr nach Berlin zurückkehre.

Der „Reichsanzeiger“ bemerkt in seiner (durch ein Privattelegramm bereits gestern zur Kenntniß unserer Leser gebrachten) Erklärung gegen die Redaktion des „Gothaischen Postalers“, welche versichert hatte, ihre Angaben über den Titel des Prinzen Ferdinand von Koburg von betheiligter Seite erhalten zu haben:

„Es geht hieraus die bedauerliche Thatsache hervor, daß für ein in Gotha, also im Deutschen Reich erscheinendes Unternehmen, die amtliche Auffassung der eigenen Regierung nicht schwerer wiegt, als Mittheilungen von jeder anderen Seite. Dazu kommt noch im vorliegenden Falle, daß derartige amtliche Mittheilungen der bulgarischen Regierung nur insoweit Bedeutung haben, als sie von der oberherrlichen Macht, dem Sultan, sanktionirt sind. Bulgarien ist kein souveräner Staat und kann deshalb ebenso wie Ägypten und früher noch verschiedene andere Staaten diplomatisch nur von der Pforte vertreten werden. Wenn der Gothaische Postaler in dieser Beziehung auf Genauigkeit kein Gewicht legt, kann er allerdings auf die Bezeichnung als amtliche Quelle keinen Anspruch machen.“

Die „Nationalzeitung“ sagt, die Vorberatungen des Kriegsministeriums über die einmaligen Kosten der Wehrvorlage seien noch nicht abgeschlossen; die Kosten würden aber den bereits genannten Betrag von hundert Millionen Mark annähernd erreichen. Der gestern von Friedrichsrub zurückgekehrte Kriegsminister habe darüber mit dem Fürsten Bismarck konferirt.

Demselben Blatt zufolge wären demnächst Schritte

der Mächte zur Entfernung des Prinzen von Koburg aus Bulgarien zu erwarten. (Diese Nachricht ist schon wiederholt aufgetaucht, ohne daß sie sich bisher bestätigt hätte; es bleibt daher abzuwarten, ob sie diesmal besser beglaubigt ist.)

Den „Pöjener Nachrichten“ zufolge hat Erzbischof Dinder den Geistlichen seiner Diözese verboten, an öffentlichen Volksversammlungen theilzunehmen.

Bromberg, 8. Jan. Nach amtlicher Feststellung erhielt bei der am 4. d. im Reichstagswahlkreise Wirß-Schubien stattgehabten Ergänzungswahl an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Falkenberg Rittergutsbesitzer Karl Poll in Groß-Samollens (nat-lib.) 8794 von 16921 abgegebenen Stimmen. Der Gegenkandidat Rittergutsbesitzer Graf Skorszewski (Pole) erhielt 8122 Stimmen.

Stuttgart, 9. Jan. Am 6. Januar hielt die württembergische Volkspartei wie alljährlich ihre sogen. Landesversammlung ab. Auf derselben wurden Resolutionen beschlossen gegen die Verlängerung der Legislaturperiode, gegen die Verlängerung und Verschärfung des Sozialistengesetzes, für Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen, Verweisung der Preßprozesse an Geschworenengerichte und Entschädigung unschuldig Verurtheilter und endlich gegen eine Beschränkung der Öffentlichkeit im Gerichtsverfahren. Die früher übliche Resolution, welche Herabsetzung der militärischen Dienstzeit verlangte, unterblieb. In den Reden that sich diesmal ein jüngerer Rechtsanwalt namens Schickler hervor, der nach der üblichen Charakterisirung des Reichstags als eines „Angstprodukts“ die jetzt die Mehrheit im Reichstag bildenden Parteien schlechtweg mit den mittelalterlichen Wegelagerern verglich. Was diese früher dem Bürger und Kaufmann mit Gewalt auf der Straße geraubt, das werde jetzt von den feudalen Klassen auf dem Wege der Interessengesetzgebung dem Bürgerthum weggenommen. Zum Schluß versicherte der Redner, daß der Sieg der Demokratie „nahe sei“, eine Prophezeiung, die sich seit Jahrzehnten auf allen Stuttgart'schen Landesversammlungen am Dreifönigtag wiederholt. Dr. Lipp hielt zwei Reden, eine, in welcher er die Redaktion des „Beobachters“ pries, dessen Verantwortlicher er ist, und eine, die sich abermals mit dem Reichstag beschäftigte, dem bekanntlich kein Mitglied der Volkspartei mehr angehört. Es schien, als ob die Wegelagerer des Herrn Schickler kaum mehr zu überbieten wären, Herr Lipp brachte das aber doch fertig. Er sprach von der Unverwundlichkeit des deutschen Reichs, der, nachdem er die früheren schlimmen Zeiten, die Invasionen der Römer im Mittelalter, im dreißigjährigen und spanischen Erbfolgekrieg überstanden, auch die jetzige böse Zeit überstehen werde. Herr Karl Mayer sprach dann über die bevorstehenden württembergischen Landtagswahlen, in welche die Volkspartei mit dem Aufgebote aller ihrer Kräfte eintreten will. Die Hauptforderung des demokratischen Programms werde hier die Verwandlung der Stände in eine ein-kammerige Volksvertretung sein. — Die Stadt Stuttgart bezahlt jetzt, wie wir einem Staatsvortrag des Oberbürgermeisters Dr. v. Pöck entnehmen, an Staatssteuer aus Grund, Gebäuden und Gewerben: 13 585 M., bezw. 395 267 M., bezw. 767 969 M., zus. 1 176 821 M. Im Vorjahr betragen die entsprechenden Summen 14 757 M., bezw. 349 821 M., bezw. 546 531 M., zus. 911 109 M. Beim Stadtschaden ist durch das sog. Anpassungsgesetz, über dessen Wirkungen wir mehrfach berichtet haben, für Stuttgart das Grundeigentum auf etwa 59 Proz., Gebäude auf etwa 87 Proz. erleichtert, das Gewerbe auf 118 Proz. höher veranlagt worden. — Zu Ende der vorigen Woche ist hier eine große Zahl anarchistischer Flugblätter verbreitet worden, welche eine Verherrlichung der Chicagoer Anarchisten enthielten. Die Flugblätter werden heute amtlich nach § 11 des Sozialistengesetzes verboten.

Strasbourg, 9. Jan. Wiederholt ist es in der reichs-ländischen Presse als wünschenswert bezeichnet worden, daß deutsche Reichstagsabgeordnete in persönliche Fühlung mit den leitenden Elementen der elsass-lothringischen Bevölkerung treten möchten, theils um sich an Ort und Stelle ein richtiges Bild von den Verhältnissen dieser Landestheile zu verschaffen, theils um auf solche Weise zu zeigen, daß sie ein lebendiges Interesse an der Entwicklung der Reichslande nehmen, und um irrige Ansichten zu beseitigen, welche in der reichs-ländischen Bevölkerung noch theilweise in Bezug auf die altsächsischen Parteien bestehen. Es scheint jetzt ein praktischer Anfang in dieser Richtung gemacht zu sein. Wir lesen in der „Landeszeitung für Elsass-Lothringen“ Folgendes:

„Am Samstag den 7. d. M. trafen die Reichstagsabgeordneten Herren Buhl (Vizepräsident des Reichstags), Birklin aus Karlsruhe, Dr. Miquel aus Frankfurt a. M. und Scipio aus Mannheim in Strasbourg ein, um der Stadt einen schon

längst beabsichtigten Besuch abzuhalten und die Bekanntschaft politisch hervorragender Persönlichkeiten der einheimischen Bevölkerung zu machen. Nachdem dieselben die Sebenswürdigkeiten der Stadt in Augenschein genommen hatten, fand am Abend bei dem Herrn Bürgermeister Bad eine gefellige Zusammenkunft statt, zu welcher außer den Genannten Seine Durchlaucht der Statthalter, die Herren Unterstaatssekretäre v. Puttkamer, Studt und Schrant, sowie die Herren Bezirkspräsident v. Etikaner, Staatsräthe Dr. Gungert, Klein und J. Schlumberger (Präsident des Landesausschusses), Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Dr. Petri, städtischen Beigeordneten Hochapfel, Huber, Fischbach und Petiti, Baron von v. Busch Sohn, Rechtsanwälte Blumstein und Leiber, Direktor Dr. North u. A. eingeladen waren. Ebenso vereinigte am Sonntag Mittag der Herr Reichstagsabgeordnete Dr. Petri den größten Theil der vorerwähnten Herren in seiner Wohnung zu einem Diner. Der bei diesen Gelegenheiten erfolgte wechselseitige Gedankenaustausch hat bei allen Theilnehmern offenbar den besten Eindruck hinterlassen und dazu gedient, eine Aufklärung über manche Punkte herbeizuführen, in denen in Folge des bisherigen Mangels an persönlichen Beziehungen Mißverständnisse obgewaltet hatten. Insbesondere bot sich auch die Gelegenheit, das Vorurtheil zu beseitigen, als strebe die nationalliberale Partei des Reichstags die Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit der Reichslande und deren Vereinigung mit Preußen oder einem andern Bundesstaate an. Es liegt auf der Hand, daß die durch solche Besuche ermöglichte Anbahnung einer persönlichen Verständigung zwischen Mitgliedern des deutschen Reichstags und den leitenden Elementen der einheimischen Bevölkerung den beiderseitigen Interessen nur förderlich sein kann. Vorausichtlich wird das günstige Ergebnis dieses Besuchs auch Reichstagsabgeordnete anderer Parteien dazu veranlassen, dem gegebenen Beispiele zu folgen.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. Jan. Die Spannung zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen hat ihren markantesten Ausdruck in dem Fernbleiben der deutschen Abgeordneten von den Verhandlungen des böhmischen Landtags erhalten. Der böhmische Oberlandmarschall Fürst Georg Lobkowitz sucht hier, wie schon berichtet, zu vermitteln und beabsichtigt, die deutschen Abgeordneten aufzufordern, vier Vertrauensmänner für Besprechungen zum Zwecke einer Verständigung zu wählen. Auf tschechischer Seite sind diese Vertrauensmänner bereits gewählt. Die „Politik“ berichtet darüber: „Bekanntlich haben Se. Durchlaucht Fürst Georg Lobkowitz und Hr. Dr. Rieger schon vor geraumer Zeit an Hrn. Dr. Schmeykal die Aufforderung gerichtet, im Verein mit anderen deutsch-böhmischen Abgeordneten in Verhandlungen zu treten über eine Verständigung und über die Bedingungen ihres Wiedereintritts in den Landtag. In Folge der letzten, etwas ausweichenden Erklärung des Hrn. Dr. Schmeykal ist, wie wir hören, Se. Durchlaucht der Hr. Oberlandmarschall entschlossen, Hrn. Dr. Schmeykal abermals eine Aufforderung zukommen zu lassen behufs wirklichen Eintritts in außerparlamentarische Verhandlungen auf Grund der von Ersterem vorgeschlagenen Punkte, denen andere beizufügen allerdings freistünde. Zu diesem Zwecke forderte Se. Durchlaucht den Klub der böhmischen Abgeordneten auf, seine Vertrauensmänner zu designiren, und dieser wählte vorgestern die Hrn. Dr. Rieger, Zeithammer, Dr. Mattusch und Dr. Trojan. Der Klub des Großgrundbesitzes wählte die Hrn. Fürst Karl Schwarzenberg, Graf Richard Clam-Martiniß, Graf Franz Thun und Fürst Windischgrätz. Se. Durchlaucht der Oberlandmarschall wird, und zwar schon demnächst, die deutschen Abgeordneten auffordern, gleichfalls vier Vertrauensmänner für zwanglose Pourparlers zum Zwecke der Verständigung zu wählen.“ Auf deutscher Seite hegt man indessen nicht viel Hoffnung auf das Zustandekommen einer Verständigung. Die Männer der „schärferen Tonart“, der Deutsch-Nationale Klub, wollen von Unterhandlungen überhaupt nichts hören, während der Deutsch-Oesterreichische Klub geneigt ist, auf das Anerbieten des Fürsten Lobkowitz einzugehen, allerdings mehr in der Absicht, ihre Verschönllichkeit zu zeigen, als in der Hoffnung auf einen Erfolg dieser Bemühungen. Die Wiener „Neue Freie Presse“ erklärt, ein Ergebnis einer solchen außerparlamentarischen Verhandlung sei unter allen Umständen nur in dem Falle zu gewärtigen, wenn die Tschechen den staatsrechtlichen Boden, den sie noch immer einnehmen, vollständig verlassen; sonst bleibe jede Verhandlung ganz aussichtslos. Das Blatt führt Folgendes aus:

„Die Deutschen in Böhmen verlangen in nationaler Beziehung die Gleichberechtigung und nicht als die Gleichberechtigung. Sie verlangen aber die Gleichberechtigung des Staatsgrundgesetzes und nicht des Palatyschen Staatsrechtes, das heißt, die Gleichberechtigung nicht bloß mit den Tschechen, sondern, wie das Staatsgrundgesetz sagt, mit allen Volksstämmen, sohin vor Allen mit den übrigen Deutschen in Oesterreich. Sie verlangen sohin, daß auf ihrem Gebiete die deutsche Sprache in Amt und Schule dieselbe Stellung einnehme, wie in den anderen Ländern, in denen es deutsche Sprachgebiete gibt; sie verlangen zu diesem Behufe, daß, unbeschadet der politischen Einheit des Landes, die ja in der gemeinsamen Landesstelle und dem gemeinsamen Landtage klar

genug zum Ausdruck kommt, die Grenzen der Gerichts- und Verwaltungsbezirke nach Möglichkeit mit den Sprachgrenzen zusammenzufallen, wie dies bezüglich der Schulbezirke zum größten Theile thatsächlich durchgeführt ist. Sie verlangen dementsprechend vor Allem die Aufhebung der mit dieser Auffassung der Gleichberechtigung, die allein im Staatsgrundgesetz begründet ist, im Widerspruch stehenden beiden Sprachverordnungen, welche die tschechische Amtssprache, die in keinem anderen deutschen Sprachgebiete der Monarchie besteht, gleichwohl in das deutsche Sprachgebiet von Böhmen, und außerdem, gleichfalls im Widerspruch zu den sonst bestehenden Zuständen, in den inneren Dienst des böhmischen Obergerichts eingeführt haben. Sie verlangen, da sie auch die Einheit des Verwaltungsgebietes nicht antasten wollen, daß bei dem gemeinsamen Obergerichte wenigstens ein deutscher Senat für die Rechtsachen des deutschen Sprachgebietes bestehe, daß in ähnlicher Weise der Landesrath und der Landesulturrath in zwei Abtheilungen getrennt werden. Die Gleichberechtigung der tschechischen Sprache in dem tschechischen Gebiete wird hiedurch auch entfernt nicht angetastet, im Gegentheil ebenso bestimmt anerkannt und verbürgt. Insofern jedoch der Bestand einer gesamtstaatlichen Verwaltung auch ein allen Staatsbehörden gemeinsames Verwaltungsmittel zur Voraussetzung hat, und hierzu, wie die thatsächlich seit einem Jahrhundert bestehende Uebung beweist, sich keine andere Sprache besser eignet, als die deutsche, müssen die Deutschen in Böhmen auch auf der gesetzlichen Anerkennung der deutschen Sprache als Staatssprache bestehen. Diese Forderung erheben nicht bloß die Deutschen in Böhmen, sondern alle, die an der Reichseinheit und einer gesamtstaatlichen Verwaltung festhalten, sie erheben diese Forderung nicht aus nationalen, sondern aus staatslichen Gründen, und sie erheben dieselbe nicht als Deutsche, sondern als Oesterreicher, wie am besten durch die Zustimmung einer beträchtlichen Anzahl von Nichtdeutschen zu dieser Forderung bewiesen wird.

Best, 9. Jan. Im Abgeordnetenhaus beabsichtigt Hally eine Interpellation über die politische Lage einzubringen. Man nimmt an, daß der Ministerpräsident dieselbe beantworten wird, da die Entlastung der Lage ihm gestatten dürfte, sich freier zu äußern. — Der Minister des Innern, Baron Drezy, wird — wie die „Bud. Kor.“ erfährt — dem Parlament in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf über die Quartalkultur des mit Rumänien abgeschlossenen Grenzregulierungsvertrags unterbreiten. Die Vorlage umfaßt nebst genauer Beschreibung der so lange strittig gewesen Grenze auch über fünfzig Situationspläne der an Ort und Stelle aufgenommenen Terrainverhältnisse. Die Verhandlungen über diese Grenzfragen haben bekanntlich ungewöhnlich lange Zeit in Anspruch genommen; mit dem den Wünschen Rumäniens in allen Theilen entgegenkommenden Vertrage ist voransichtlich jeder weiteren Agitation in Betreff der Grenzstreitigkeiten, namentlich hinsichtlich der moldauischen Grenze, der Boden entzogen. — Nach einer Meldung des „Pesti Naplo“ ist der ehemalige Reichstagsabgeordnete Alexander Csanyady, eine der markantesten Figuren des ungarischen Parlaments und ein leidenschaftlicher Anhänger der äußersten Linken, in Kerek im Alter von 74 Jahren gestorben. Csanyady gehörte schon dem Reichstage vom Jahre 1848 an und war seither ununterbrochen Mitglied des Abgeordnetenhauses. Während der letzten Wahlen unterlag er, und seinen Freunden war es zweifellos, daß er diesen Kummer nicht lange überleben werde. Er hatte für die äußerste Linke sein sehr ansehnliches Vermögen geopfert und lebte in den letzten Jahren nur von seinen Diäten. So lange Franz Deak lebte, sprach er immer nach diesem und eiferte gegen den Ausgleich. Seit Koloman Tisza die Führung des Parlaments übernommen hatte, richtete er an diesen in fest abgegrenzten bestimmten Intervallen die stereotype Frage, wann derselbe seine Prinzipien wieder von jenem Nagel herabnehmen werde, an den er sie bei der Fusion gehängt habe. Während der letzten Jahre wurde Csanyady auch von der eigenen Partei nicht mehr ernst genommen, und trotzdem er sich für dieselbe aufgeopfert hatte, ließ sie ihn bei den Wahlen im Stiche. Freund und Feind erkennen den makellosen Charakter des Verstorbenen an.

Frankreich.

Paris, 9. Jan. Präsident Carnot besichtigte heute die Arbeiten für die Weltausstellung von 1889, welche auf das Gütigste betrieben werden. — Morgen wird die ordentliche Tagung des Parlamentes für 1888 eröffnet. Im Palais Bourbon wird Floquet wieder zum Präsidenten gewählt werden; ein Wettbewerb wird nur für die Stellen der drei Quästoren erwartet, von denen die Stelle Margaines, der in den Senat gewählt wurde, frei geworden ist. Als Kandidaten werden genannt: de Mahy, Desmons, Le Noel, Perfait, Labordere. Die Sprechzimmer im Palais Bourbon waren bereits heute recht belebt. Der Finanzminister gab dem Budgetausschusse folgende Erklärungen: 1. über die vollständige Abschaffung der neuen Steuer von Wein und Obstwein und der Einführung der Fabriksteuer für Alkohol; 2. über die von dem Ausschusse beantragte Reform der Erbschaftsteuer. Bei dem ersten Punkte willigte Tirard in einige Abänderungen, die Reform der letztgenannten Steuer lehnte er jedoch entschieden ab. Die Kammer wird sich bekanntlich auch mit einem Theile der wegen Ferron's Rücktritt unerledigt gebliebenen Heeresvorlagen zu beschäftigen haben. General Logerot hat die letzten sechs Armeevorlagen seines Vorgängers dem obersten Kriegsrath vorgelegt, der keineswegs überall mit den Ideen Ferron's einverstanden ist. Ueberhaupt soll der jetzige Minister dem Kriegsrath die ihm eigentlich zukommende Bedeutung einräumen wollen, wodurch bis zu einem gewissen Grade die Uebelstände der ministeriellen Wechsel und des Mangels eines fixen Oberkommandos paralysirt werden könnten. — „Progrès“ und die „Republique“ verlangen, daß endlich mit der allgemeinen Erhöhung der Friedenspräsenz in der Infanterie Ernst gemacht werde. Hierzu bedürfte es einer Vermehrung des Etats um 25 000 Mann. „Progrès“ verlangt

auch Wiederherstellung von 24 vierten Bataillonen (die doch eben erst aufgelöst worden sind) für die Grenzbeobachtung, Vermehrung des Offiziersetats dadurch, daß alle Infanteriekompagnien einen 4. Offizier erhalten, und ebenso eine Vermehrung der Unteroffiziere. — Der Untersuchungsrichter Vigneau hat heute Wilson und Legendre vernommen. Vigneau gedenkt heute die Untersuchung zu Ende zu führen. — In der Kirche Saint-Augustin wurde heute das Jahresgedächtniß Napoleons III. abgehalten; es waren aber nur wenige Leute in der Kirche. Einige Bonapartisten sind verhaftet worden, weil sie eine Fahne mit dem Adler entfalteten hatten. — Obgleich die Franzosen mit ihrer eigenen Weltausstellung zu thun haben, werden sie sich doch auch an der Melbourne'ner Ausstellung lebhaft betheiligen. Die Kommission für die Betheiligung Frankreichs an der Weltausstellung in Melbourne hat ihre Thätigkeit geordnet. Für die Sektion der schönen Künste wird ein besonderes Reglement ausgearbeitet. Für den Versand der auszustellenden Gegenstände haben die französischen Eisenbahngesellschaften und die „Messageries Maritimes“ auf Antrag der Regierung ermäßigte Frachtpreise gewährt. Es wird hervorgehoben, daß die französische Ausfuhr nach Melbourne sich von 1875 bis 1885, ungeachtet namentlich des deutschen Wettbewerbs, um 150 Procent gesteigert hat.

— Zur Kammeröffnung schreibt man dem „Frankf. Journal“ aus Paris: „Der Zusammentritt der Kammer erfolgt Dienstag, und es gilt vielfach als wahrscheinlich, daß damit die letzte Session für die gegenwärtige Kammer beginnt, da voraussichtlich die parlamentarische Situation sich in einer Weise aufzulösen wird, daß als einziger Ausweg nur die Auflösung der Kammer übrig bleibt, um zu versuchen, durch Neuwahlen eine Kammer mit einer gouvernementalen republikanischen Majorität zu Stande zu bringen. Die republikanischen Organe und in erster Reihe der von dem Vater des Präsidenten der Republik inspirirte „Siecle“ richten eine letzte Warnung an die Parteien und Fraktionen und beschwören dieselben, sich auf Grund eines „programme d'affaires“ zu vereinigen, die politischen Fragen, welche sie trennen, bei Seite zu lassen und durch gemeinschaftliche Arbeit die vielen dringlichen praktischen Reformen in der Gesetzgebung zu erzielen, welche das Land seit so langer Zeit vergeblich verlangt. Das Resultat der Senatswahlen habe bewiesen, daß es für die Republikaner die höchste Zeit sei, die inneren Parteikämpfe anzugehen und geschlossen gegen die andrängende „Reaction“ Front zu machen. Sollten die Radikalen auch diese Warnung ungehört lassen, so werde nichts anderes übrig bleiben, als an das Land zu appelliren. Diese direkte Drohung mit der Auflösung müßte eigentlich Erfolg haben, da sich die Radikalen durch das Resultat der Senatswahlen unangenehm überrascht und enttäuscht erklären und offen eingestehen, daß der „Wahlkörper“ sich in bedenklicher Weise unzuverlässig gezeigt habe. Es wird sich gleich zu Beginn der Session zeigen, ob die Radikalen sich wirklich dazu entschließen, dieser von ihnen erkannten Gefahr Rechnung zu tragen und darauf zu verzichten, fortgesetzt aufreizende politische Debatten hervorzurufen, welche nur zu häufig ministerielle Krisen zur Folge haben. Bekanntlich haben die Kammer vor Schluß des Jahres provisorische Zwischstufen votiren müssen, weil sonst die ganze Staatsmaschine in's Stocken geraten wäre; die Regierung wird nun verlangen, daß die Kammer sich sofort endlich mit dem Budget für 1888 beschließt und bis zur Erledigung desselben alle politischen Allocations bei Seite läßt. Der Finanzminister und Finanzminister Tirard und die Budgetkommission werden überdies der Kammer Projekte einer radikalen Umgestaltung der Besteuerungen unterbreiten, welche in einigen Punkten verschoben sind, aber darin übereinstimmen, daß dadurch das Resultat erzielt werden soll, den größten Theil des Defizits durch den Mehrertrag der Getränkesteuern zu decken. Es fehlt also den Deputirten nicht an nützlicher und dringlicher Arbeit, es ist aber nach den bisherigen Erfahrungen trotzdem nicht zu hoffen, daß die am Dienstag beginnende parlamentarische Session eine ruhige und nützlich geschäftliche sein wird. Die Leidenschaft ist so sehr erregt und die Parteipresse übt bei der allgemeinen moralischen Heiligkeit, die hier herrscht, einen solchen unheilvollen Einfluß auch auf die Kammer aus, daß an eine Umkehr nicht zu denken ist. Der äußere Frieden wird vielleicht in diesem Jahre noch erhalten bleiben, aber im Innern wird es hier desto stürmischer werden.“

Italien.

Rom, 8. Jan. Der bisherige spanische Gesandte, Graf Rascon, überreichte heute dem Könige seine Kreditivie als Botschafter. — Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht die bei dem feierlichen Empfange des preussischen Herrenhausmitgliedes Grafen Brühl von diesem gehaltene Ansprache und die Antwort des Papstes. Graf Brühl erklärte bei der Ueberreichung des Handschreibens Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm, er sei beauftragt, den Ausdruck der freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers zu erneuern. Die Kaiserin und der Kronprinz vereinten ihre Wünsche mit denen des Kaisers auf eine lange Regierungsdauer des Papstes. Der Papst erwiderte, er halte es für seine Pflicht, dankbar anzuerkennen, daß der Kaiser ihm bei vielen Anlässen zweifelloser Beweise wohlwollender Gesinnungen gegeben, namentlich während der Verhandlungen zur Herbeiführung des religiösen Friedens in Deutschland. Der gegenwärtige neue Beweis des kaiserlichen Wohlwollens berechtige ihn zur Hoffnung, daß der Kaiser das begonnene Werk krönen wolle. Der Papst drückte die besten Wünsche für die kaiserliche Familie, namentlich für volle Wiederherstellung des Kronprinzins aus.

Großbritannien.

London, 10. Jan. (Tel.) Aus Dublin wird gemeldet, daß das irische Parlamentsmitglied Timothy Harrington wegen Verurtheilung von Schriftstücken über die Nationalliga zu sechswochentlicher Gefängnisstrafe verurtheilt worden, aber bis zur Erledigung der von ihm eingelegten Berufung gegen Kaution in Freiheit gesetzt worden ist. Im Uebrigen hält die Besserung in den irischen Zuständen an. Sowohl im Süden als im Westen Irlands hat sich die Zahl der Verbrechen in dem letzten Vierteljahr ganz bedeutend vermindert. Den Affiken in Vimerick und denen von Kilrush lag kein einziger Fall

von schwerem Verbrechen vor. — Der Marquis v. Salisbury wird am 11. d. M. Liverpool besuchen und dort eine Ansprache an die konservativen Wähler halten. Das Lokal hat Raum für 6000 Personen, doch wird der Zutritt zu dem Meeting nur gegen vorher verabfolgte Karten gestattet sein, um Anheftungen in der Versammlung zu verhindern.

Rußland.

St. Petersburg, 10. Jan. (Tel.) Das „Journal de St. Petersburg“ sagt, da die Urheber der gefälschten Aktenstücke unbekannt blieben, waren diejenigen, welche politischen Skandalen nachgingen, verleumdender Weise bemüht, Nutzen daraus zu ziehen. Dieselben suchten in Rußland selbst in hohen Kreisen der Regierung und der Diplomatie nach den Urhebern der niedrigen Intriquen, wobei sie übrigens der Straflosigkeit ihrer Verleumdungen sicher seien, denn die Persönlichkeiten, welche von ihnen beschuldigt würden, ständen zu hoch, um sich zur Vertheidigung gegen Verächtigungen herabzulassen, welche sie nicht zu erreichen vermöchten.

Rumänien.

Bukarest, 8. Jan. In Rumänien werden die Arbeiten zur Ergänzung des Armeebedarfes und der Vertheidigungsmittel des Landes mit großem Eifer fortgesetzt. Das von der Firma Krupp in Essen beizustellende, größtentheils bereits abgelieferte Geschossmaterial für artilleristische Zwecke beträgt 247 Wagonladungen. Die von der Firma Gruson in Buda bei Magdeburg zu liefernden Bestandtheile für die Panzerbrechthürme der Bukarester Forts betragen gar über 489 Wagonladungen. Betreffs des in der rumänischen Armee einzuführenden Repetirgewehres ist noch keine Entscheidung getroffen, doch dürfte, wie man der Wiener „Presse“ von hier meldet, die Wahl zwischen dem Kabin'schen 7^{1/2} Millimeter-Repetirgewehr und dem Magazinsgewehr, System Mannlicher, getroffen werden. Auch bezüglich der für den Armeegebrauch einzuführenden Feldbatterien wird dieser Quelle zufolge die Entscheidung zwischen einem Wiener und einem Bukarester System fallen.

Serbien.

Belgrad, 9. Jan. Der König beabsichtigt dem Vernehmen nach, im Frühjahr eine Rundreise durch die radikalsten Kreise des Landes zu machen, um eine innigere Verständigung der Radikalen mit der Krone herbeizuführen.

Griechenland.

Athen, 8. Jan. Zu der Angelegenheit der gefälschten diplomatischen Aktenstücke hatte der Wiener Korrespondent des „Standard“ unter Reserve gemeldet, der König oder die Königin von Griechenland habe die Schriftstücke aus den Händen Déroulède's empfangen und dem Jaren überreicht. Wenn Déroulède nicht selber der Fälscher gewesen sei, was der Korrespondent unerörtet läßt, so habe er doch durchaus wissen müssen, daß dieselben gefälscht waren, als er zuerst versuchte, sie dem Jaren persönlich zu überreichen, und erst, nachdem ihm eine Audienz verweigert worden war, sich des oben erwähnten Weges bediente. Der „Agence Havas“ wird nun von wohlunterrichteter, dem hiesigen Hofe nahestehender Seite gemeldet, daß diese Version durchaus falsch sei. Weder der König noch die Königin haben Déroulède in Kopenhagen oder Athen gesehen.

Afrika.

* In Nr. 7 der „Karl'sr. Ztg.“ wurde bereits gemeldet, daß das Schiff der Deutsch-West-Afrikanischen Kompagnie, die Brigg „Adolph“ wohlbehalten in Walvischbay angekommen ist. In Bord derselben befanden sich, näheren Nachrichten zufolge, 14 Beamte der Gesellschaft, sowie sämtliche Häuser und Einrichtungsgegenstände für die Centralfaktorei und En gros-Schlächterei, mit deren Aufstellung bereits begonnen ist. Zur vollständigen Aufstellung der Gebäude, der Eis- und Dampfmaschinen sind ungefähr 3 Monate erforderlich, so daß spätestens im März das ganze Etablissement aufgestellt sein kann. Die Einrichtungen sind so getroffen, daß ca. 3 000 Stück Rindvieh in einem Jahre geschlachtet werden können. Inzwischen wird sich der Betrieb noch bedeutend ausdehnen lassen. Durch die erste Expedition der Gesellschaft ist konstatiert, daß an Schlachtwiege genug zu sehr billigen Preisen vorhanden ist, so daß ein Mangel nicht eintreten kann. Ganz in der Nähe von Walvischbay befinden sich ausgedehnte Weiden, auf denen mehrere Tausend Stück Rindvieh weidet werden können; auch ist bereits festgestellt, daß sowohl in Kapstadt, als in den Minenbezirken im Griqualand ein bedeutendes Absatzgebiet für gepökeltes und geräucheretes Fleisch ist. Außerdem aber kommt noch in Betracht, daß die Goldlager, welche in der Nähe von Walvischbay entdeckt sind, in kürzester Zeit in Betrieb gesetzt werden sollen und sich dann auch dort ein bedeutender Absatzmarkt für solche Fleischfabrikate finden wird. Bisher war die Verbindung mit der deutschen Kolonie in Südwest-Afrika überaus ungenügend, da nur etwa 5-6 mal im Jahre ein Segelschiff von Kapstadt nach Walvischbay fährt. In Folge der Etablierung der En gros-Schlächtereier der Deutsch-West-Afrikanischen Kompagnie, sowie der Ausnutzung der Goldfunde ist anzunehmen, daß bald eine bessere und häufigere Verbindung zwischen Kapstadt und Walvischbay hergestellt wird und daß alsdann auch die Postverbindung durch das Deutsche Reichsamt dort ähnlich wie in Kamerun und Neu-Guinea organisiert wird.

Afien.

Kalkutta, 6. Jan. Nachrichten aus Afghanistan zufolge wurde Ende Dezember der letzte Grenzpfahl der Murg-haber Sektion der russisch-afghanischen Grenze errichtet. Oberst Michanow, Major Tarakhanow und einige deutsche Reisende wohnten der Feier bei. Die eng

lijchen und russischen Offiziere der Grenzkommission beabsichtigen in dieser Woche in nordöstlicher Richtung aufzubrechen.

Amerika.

New-York, 7. Jan. Nach einem neueren Telegramm der „Evening Post“ aus Washington sind die Aussichten auf eine schnelle Verständigung in Betreff der Fischereifrage nicht ganz so gut als man geglaubt hatte. Chamberlain glaube, daß er noch einen Monat in Washington werde bleiben müssen. — In Betreff des Streiks unter den Grubenarbeitern in Reading ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Es feiern jetzt sämtliche Grubenarbeiter. Die Streikler haben einen Aufruf an sämtliche Lokalzweige der „Ritter der Arbeit“ in den Ver. Staaten und Canada erlassen, worin sie erklären, daß die Kapitalisten sich vereinigt hätten, um die Arbeiter zu unterdrücken. — Der Sekretär des Innern, Lamar, hat seinen Posten niedergelegt; derselbe ist zum Richter des obersten Gerichtshofes ausgerufen, die Ernennung bedarf aber noch der Bestätigung des Senats.

In einer der letzten Sitzungen des Senats beantwortete Vorbes (Indiana) die Auslassungen des Senators Sherman über die Vorkauf des Präsidenten. Er verteidigte die Vorkauf und bemerkte, der Präsident sei in derselben für die unteren und bedrückten Klassen eingetreten. Alsdann äußerte sich der Redner zu Gunsten einer Tarifreform mit Bezug auf Lebensbedürfnisse und bekräftigt, daß Präsident Cleveland um ein Jota oder Titeischen von dem Programm der Konvention, die ihn zum Präsidentschaftskandidaten aufgestellt hatte, abgewichen sei. Dr. Mitchell (Oregon) sprach zu Gunsten der Errichtung einer neuen Flottenstation an der Küste des Stillen Ozeans und betonte die Thatsache, daß das ganze Land von einem Korps britischer Militär- und Flottenabtheilungen und britischer Eisenbahnen und Dampferlinien umgeben sei, die im Falle eines Krieges zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten erstgenanntem Staat großen Vortheil gewähren würden. Hr. Dolph (Oregon) bemerkte, die Vereinigten Staaten können nicht zugeben, daß Hawaii in den Besitz irgendeiner fremdländischen Macht gelange. Hr. Stewart (Nebraska) brachte einen Entwurf ein, befaßt einer solchen Abänderung der Landesgesetze, daß Ausländern nicht das Recht entzogen werde, Gold, Silber, Kupfer, Blei, Zinn oder Zinnminen käuflich zu erwerben und zu besitzen, nachdem Patente für dieselben von der Regierung ausgehört worden sind. Ein von Hrn. Hearst (Kalifornien) über denselben Gegenstand eingebrachter Entwurf verfügt, daß Vorkäufe, auf denen Mineralien gefunden werden, und Fabriken für die Schmelzung von Erzen von der Wirksamkeit des Gesetzes ausgenommen werden.

Zeitungsstimmen.

Die „Hamburger Nachrichten“ knüpfen eine Erörterung der Frage, wie sich die Nationalliberalen gegenüber der Verlängerung des Sozialistengesetzes zu verhalten haben, an den Hinweis auf die Aufgaben der Nationalliberalen im Allgemeinen, indem sie schreiben: „Worauf es für die Nationalliberalen, so lange die Zeit für die Aufstellung neuer, speziell liberaler Forderungen nicht angetan ist, ankommt, das ist: keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie die Unterstützung der nationalen Politik, welche sie jetzt als ihre Hauptaufgabe betrachten müssen, als eine durchaus selbständige, den liberalen Grundfragen nichts vergebende Partei gewähren. Je entschiedener sie die Zumuthungen der Kreuzzeitungspolitik ablehnen, um so gleichgültiger werden sie die plumpen Angriffe und die stumpfe Satyre des Deutschfreisinnigen betrachten können. Die Selbständigkeit der Nationalliberalen wünschen wir namentlich in einem geschlossenen Auftreten angeht, der Vorlage wegen Verlängerung des Sozialistengesetzes behätigt zu sehen. Eine Verlängerung für eine Frist wie die bisher übliche ohne weitere Verschärfung des Gesetzes und mit dem Programm, während dieser Frist das Ausnahmegesetz überflüssig zu machen — dies dürfte eine Waise sein, auf welcher die etwa vorhandenen Verschiedenheiten der Auffassung sich ausgleichen können. Die Ueberzeugung von der Verderblichkeit der geheimen Agitation und von der Vergeblichkeit der dagegen bisher angewandten oder künftig neu anzuwendenden Mittel ist allgemein verbreitet; wenn man ihr durch die Ablehnung einer fünfjährigen Verlängerung und einer Verschärfung des Sozialistengesetzes Ausdruck gibt, so würde es sich dabei viel weniger um die Vertretung speziell liberaler Ansichten, als um die selbständige Aufrechterhaltung einer Ueberzeugung von dem, was sachlich nützlich ist, handeln.“

Durch die Aufnahme, welche die päpstliche Encyklika an die bayerischen Bischöfe in der bayerischen Presse gefunden hat, sehen sich die „Münchener Neuesten Nachrichten“ veranlaßt, die Befürchtungen, welche sie anfangs an dies Altentstück knüpfen, für unbegründet zu erklären. „Wir stellen nicht in Abrede“, schreiben sie, „daß man sie und da noch gute Lust hat, die Aera der „Verpöpfung“, wie man die Anbahnung des inneren Friedens nennt, durch eine frische, fröhliche Hege zu unterbrechen. Aber wir zweifeln sehr daran, ob die Anführer genug Soldaten finden, um einen solchen Feldzug führen zu können. Gerne konstatieren wir hiermit ausdrücklich, daß unsere erste, auf die sehr pointierten telegraphischen Mittheilungen gegründete Beforgnis, die Encyklika könnte eine Quelle neuer Kämpfe werden, uns jetzt selbst nicht stichhaltig erscheint. Nicht nur die Aufnahme aber, welche das Altentstück in der bayerischen Presse findet, sondern noch mehr Inhalt und Ton der päpstlichen Rundgebung selbst befürcht uns in dieser Ansicht.“ Am der Geschichte Bayerns eine neue Wendung zu geben, sei die Encyklika von viel zu geringer aktueller Kraft. Vieles von dem, was der Papst sagt, würde man unterschreiben können, man stehe auf welchem Standpunkte immer; gegen Anders werde man seine Einwendungen haben, aber weder Zustimmung noch Widerstreit werde die Form der akademischen Erörterung überschreiten, zu welcher die vom Papste offenbart mit Corafalt gewählte Darstellung geradezu einladet. In Betreff der Schulfrage äußert das Blatt: „Der Papst spricht dort von Schulen, „wo von Gott überhaupt nicht die Rede ist, oder nur unvollständig und unrichtig Mittheilung von Gott gemacht wird.“ In Bayern gibt es solche Schulen bekanntlich nicht. Wir haben überall pflichtmäßigen Religionsunterricht, der von Geistlichen oder in deren Verbindungsfall von Lehrern erteilt wird; über die Thätigkeit der letzteren aber liegen die günstigsten Zeugnisse aus geistlichen Munde vor. Auch in den Simultanfchulen, die der Papst ebenfalls kurz berührt, ist es nicht anders. Und wenn Jemand im Ernste daran denken sollte, aus den bayerischen Schulen den Religionsunterricht zu entfernen, so wird es nicht erst des Widerstandes der Geistlichkeit bedürfen, um solches Beginnen zu Fall zu bringen. Staatsregierung und Landtag, wie die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung, unbeschadet ihrer Konfession und politischen Parteistellung, würden derartigen Versuchen

entschieden entgegengetreten. Wir halten es daher für höchst unwahrscheinlich, daß, wie die hochkonservative „Kreuzzeitung“, die oft ultramontaner ist als die Zentrumsparthei, meint und hofft, aus Anlaß dieser, besonders bayerische Zustände kaum streifenden Aeußerungen des Papstes über die Jugenderziehung ein Schulsturm entbrennen wird.“

Ueber das Thema „Rußland in Europa“ bringt Eduard v. Hartmann in der „Gegenwart“ einen längeren gedankreichen Aufsatz, in welchem u. a. ausgeführt wird, daß die Russen sich das angestrebte Panlavienreich nur als ein nationalrussisches Reich denken können, in welchem alle anderen Slaven in der russischen Kultur aufgehen. Es sei aber gar nicht daran zu zweifeln, daß alle übrigen Slavenstämme sich ebenso hartnäckig wie die Polen und Bulgaren weigern würden, ihre überlegene Kultur mit der russischen zu vertauschen und den Russen zu Liebe die Autonomie ihrer staatlichen Selbstverwaltung mit der bevorzugen Willkür und Brutalität der russischen Bureaucratie zu vertauschen. Dann heißt es weiter: „In welcher Form man sich aber auch die etwaige Abhängigkeit der slavischen Nachbarländer von Rußland denken möge, es bleibt doch immer ein Rest von unheimlicher Zukunftsperspektive für Europa übrig, wenn es auf den russischen Kolos blickt, dessen Bodenschätze in Europa schon jetzt nahezu so groß ist, wie die der übrigen europäischen Staaten zusammengenommen, und dessen Bevölkerung schon jetzt diejenige von Deutschland und Oesterreich zusammengenommen übersteigt. Wenn auch vorläufig die procentuale Volkszunahme in den drei Reichen ziemlich gleichen Schritt hält, so liegt es doch auf der Hand, daß in wenigen Menschenaltern dieses Verhältnis sich zu Gunsten Rußlands ändern muß, weil dieses noch viel mehr Platz für Zuwachs enthält. Wenn erst Rußland eine annähernd so dichte Bevölkerung erreicht haben wird, wie das übrige Europa, dann wird es als Einheitsstaat dem getheilten und in sich uneinigen Europa ohne Zweifel bedeutend überlegen sein. Die geographisch-historische Analogie zwischen Rußland und Europa einerseits und Macedonien und Hellas andererseits ist nicht von Russen erfunden, aber wohl geeignet, deren Weltbeherrschungsträume zu nähren. Ohne Zweifel würde in fernerer Zukunft ein ehrgeiziger und bedeutender Czar mehr Aussicht haben, Europa dauernd unter seine Botmäßigkeit zu bringen, als Napoleon I. hatte, weil die Russenbeschaft das Aufrollen Europas beim dicken Ende anfangen würde, während für die vordringende Franzosenherrschaft das dicke Ende hintennach kam. Sollten die Herren Bismarck, Rostock, Richter, Bebel, Liebknecht und Genossen die europäischen Staaten zu einem Stadium der demokratischen Auflösung und demagogischen Anarchie führen, demjenigen, in welchem die hellenischen Gemeinwesen sich zur Zeit des Philipp und Alexander befanden, so würde allerdings sehr bald das Czarentum die Rolle des Retters zu spielen haben. So lange es dagegen in Mitteleuropa gelingt, die bürgerliche und soziale Demokratie niederzuhalten, brauchen wir auch die Anwendbarkeit der historischen Parallele mit Macedonien nicht zu fürchten.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 10. Januar.

Heute Vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Geheimrath Hoff zu längerem Vortrag und nahm dann die Meldung entgegen: des Hauptmanns Held a la suite des Generalstabs der Armee, kommandirt zur Dienstleistung beim Generalstab der 28. Division; des Hauptmanns Schöpplin, Kompagniechef im Infanterieregiment Nr. 135; der Secondelieutenant von Matheson, Melior und Schweifardt im 2. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 30.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Präsidenten von Regenauer und des Legationssekretärs Freiherrn von Babo.

* Das Verordnungsblatt der Generaldirektion der Großh. Bad. Staatsbahnen) Nr. 1 vom 5. Januar enthält eine allgemeine Verfügung, die Dienstverweisung für die Hauptkontrollen der Eisenbahnverwaltung betr.

(Baden, 8. Jan. (Der hiesige Kriegerverein) hielt vorgestern Abend im Saale des Hotel Waldreit eine gut besuchte Christbaumfeier ab. In Verbindung des ersten Vorstandes des Vereins, Herrn Bezirksarzt Dr. Deffinger, begrüßte der zweite Vorstand, Herr Architekt und Lieutenant der Reserve Anton Klein, die Kameraden und Gäste. Der Redner führte in seiner Ansprache aus, daß man sich angeht der günstigen Meldungen über das Befinden Seiner Kaiserlichen Hoheit des Deutschen Kronprinzen entschlossen habe, die Christbaumfeier, die einem echt deutschen alten Brauche entspreche, zu begehen. Redner schloß mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser und Seine Königliche Hoheit den Großherzog Friedrich.

4 Konstantz, 9. Febr. (Verepflegungsanstalt. — Operation. — Witterung.) Der hiesige Verein gegen Haus- und Straßenthetel hat unter Beihilfe aus Stiftungsgeldern und Spenden eine besondere Verepflegungsanstalt für bedürftige Handwerksburschen eingerichtet. Dieselbe befindet sich in einem dem Spital gehörigen unmittelbar neben dem Pfriundhaus gelegenen Gebäude und wird von den Schwestern, die im Pfriundhaus wohnen, geleitet. An die Einwohner der Stadt ist seitens des Vereins der Appell gerichtet worden, einmal alle arme Reisenden an die Anstalt zu verweisen, dann aber letztere durch Spende insbesondere von Kleidungsstücken zu unterstützen. Die Handwerksmeister werden aufgefordert, im Falle eintretenden Bedarfs an Arbeitskräften sich an die Anstalt zu wenden. — Zu Anfang vorigen Monats hat Herr Bezirksarzt Dr. Honell an einem Unterleibermann eine schwierige Operation mit Glück durchgeführt. Dem Patienten wurde ein eingeklemmter Bruch operirt und dabei ein etwa 12 cm langes Stück vom Darm und noch ein Theil vom Netz entfernt. Dieser Tage konnte der Mann als geheilt aus dem Spital entlassen werden. — Seit Freitag haben wir hier Thaumetter; gestern Abend ging bei warmer Temperatur reichlicher Regen hernieder.

3 Vom Bodensee, 9. Jan. (Schweineexport. — Viehmärkte. — Strohverwendung in Fabriken.) Der Schweineverband belief sich pro 1887 auf der Eisenbahnstation Radolfzell auf 1333 Stück; auf der Station Kengen auf 3071 Stück (gegen 3532 im Vorjahre); diese Transporte wurden sämtlich nach Mülhausen (Elsaß) verladen. Auf der Eisenbahnstation Neßkirch betrug der Schweineexport im letzten Jahre 3098 Stück und auf der Station Willendorf 5200 Stück. — Auf dem Viehmarkt in Radolfzell hatten sich Händler aus der Schweiz, aus Württemberg und dem Elsaß eingefunden. Bei Rindvieh waren die Preise steigend. Auf dem Markte zu Stodach

machten mehrere Händler Einkäufe in schweren Däsen, welche mit 200—380 M. per Stück bezahlt wurden, während man aus Kühen 120—240 M., aus Kalbinnen 170—280 M. und aus jährigen Kindern 90—130 M. erzielte. — Die Papierstofffabrik in Hausen am Neckar bezahlte zur Zeit für Roggenstroh 2 M. 40 Pf. und für Kornstroh 2 M. 20 Pf. pro Zentner.

Verschiedenes.

* (Kurzpfuscheri.) Seit einiger Zeit treibt in Paris ein angeblicher Dr. Allio (institut medical, Paris, rue de Pont-Neuf 25) eine gemeinesfähliche Kurzpfuscheri, indem er sich durch Annoncen zur „radikalen Heilung der Geschwülste, Krebse u. s. w.“ an der Brust, Nase, im Gesicht und allen Theilen des Körpers ohne Operation, auch durch Korrespondenz“ anbietet. Wie wir hören, sind auch einige Deutsche bereits in seine Netze gegangen und haben dabei üble Erfahrungen machen müssen. Nicht nur, daß sie um ihr Geld geprellt worden sind, haben sie zum Theil auch an ihrer Gesundheit schweren Schaden erlitten. In einem Falle haben sich die französischen Gerichte veranlaßt gesehen, einzuschreiten, und es ist diesem „Spezialisten“ wegen der durch seine Behandlung eines Patienten zugefügten schweren Körperverletzung eine Geldstrafe von 1000 Frs. auferlegt worden. Das deutsche Publikum kann vor dem gewissenlosen Treiben dieses Kurzpfuschers nicht eindringlich genug gewarnt werden. („Nordd. Allg. Ztg.“ vom 8. Dezember 1887.)

W. Hamburg, 8. Jan. (Schiffsbau.) Der „Börsenhalle“ zufolge beschloß die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Aktiengesellschaft den Bau zweier neuer Dampfer. Beide werden auf deutschen Werften gebaut werden, der eine auf der Blom-Boß, der andere auf der Reiberskiog-Schiffswerk.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

1 Stuttgart, 10. Jan. (Privattelegramm.) Eine königliche Verordnung beruft den Landtag zum 26. Januar ein.

2 Pest, 10. Jan. (Privattelegramm.) Nach einer der „Budapester Korrespondenz“ aus Berlin zukommenden Mittheilung hätte die deutsche Regierung die Absicht, sobald Fürst Bismarck in Berlin eintrifft, die Regierungen von Oesterreich und Ungarn zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen, die demnach das Zustandekommen eines Tarifvertrages bezwecken, einzuladen. (Wir geben diese Meldung der sonst gut unterrichteten „Budapester Korrespondenz“ unter Reserve wieder.)

Mantua, 10. Jan. Die zum Andenken der 1796 gefallenen österreichischen und italienischen Soldaten auf dem Friedhofe zu Curtatone errichtete Erinnerungssäule wurde gestern enthüllt. Der Feier wohnten bei der französische und der österreichisch-ungarische Militärattaché, der französische Generalkonful von Mailand und der italienische General Corfi. Der österreichisch-ungarische Attaché beantwortete die Reden des Präfecten und des Bürgermeisters, indem er namens der österreichischen Regierung dankte. Der französische Generalkonful sagte, die Teilnahme Italiens, Frankreichs und Oesterreich-Ungarns bei der Enthüllung des Monumentes sei ein Beweis von herzlichem Einvernehmen, sowie von der Achtung und der Sympathie gegen die Todten.

Madrid, 10. Jan. Die Cortes lehnten mit 133 gegen 60 Stimmen den Antrag Canovas', betreffend die Zuschlagsteuer auf Cerealien, ab.

St. Petersburg, 10. Jan. Der chinesische Gesandte Hung-Sien überreichte gestern dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben. — Der „Börzenzeitung“ zufolge wurde im Budget für 1888 eine Ersparnis von 20 Millionen Rubel erzielt, wovon 8 Millionen auf das Marine- und das Kriegsministerium entfallen.

Verantwortlicher Redacteur Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Baden. Mittwoch, den 11. Jan. 12. Ab.-Vorst.: Die Goldfische, Lustspiel in 4 Akten von Franz v. Schönthan und Gustav Kadelburg. Anfang 6 1/2 Uhr.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Januar	Barom.	Therm.	Wind.	Relative Feuchtigk.	Wind.	Himmel.
9. Nachts 9 U. 1)	767.4	+ 6.1	67	96	SW	bedeckt
10. Morgs. 7 U. 2)	767.6	+ 5.8	2.9	100	C	"
10. Mittags 2 U.	767.5	+ 7.2	7.1	94	C	"

1) Regen. 2) Nebel. Regen = 1.3 mm der letzten 24 Stunden. Wasserstand des Rheins. Magau, 10. Jan., Morgs. 3.42 m, gestiegen 13 cm.

Ueberblick der Witterung. Ein Maximum von über 780 mm liegt über Nordostfrankreich, ein Minimum von etwa 745 mm über Lappland. Bei schwacher südwestlicher bis nordwestlicher Luftströmung ist das Wetter über Centralenropa trübe, neblig und ungewöhnlich milde. In dem Streifen Altich-Hannover liegt die Temperatur 5 Grad über Null. Im deutschen Binnenlande ist fast allenhalben Regen gefallen. Auch über Skandinavien und Umgebung herrscht ungewöhnliche Wärme. (D. S.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 10. Januar 1888.

Staatspapiere.	Wahntactien.	Berlin.
4 1/2 Deutsche Reichsanleihe 107.68	Staatsbahn 170 1/2	Oesterr. Creditactien 189.70
4 1/2 Preuss. Anleihe 107.68	ombarden —	Staatsbahn 85.90
4 1/2 Baden in R. 103.—	Galizier 155.00	Spanien 84.50
4 1/2 „ „ M. 104.75	Elbthal 181.—	Disconto-Kommand. 192.10
Oesterr. Goldrente 88.00	Niederringer 185.70	Carabinieri 90.28
„ Silberrente 84.90	Westfälische 181.—	Dortmunder 68.—
4 1/2 Ungar. Goldrente 78.10	Bayrische 181.—	Marienburg 53.40
1877er Russen 95.80	Wesjel und Sorten. —	Zendenz: —
1880er „ 78.30	Wesjel a. Amsterd. 189.—	Wien.
II. Orientanleihe 83.39	„ „ London 80.37	Creditactien 270.80
Italiener compiant 94.98	„ „ Paris 80.50	Martnoten 62.25
Egypter 74.30	„ „ Wien 180.67	Ungarn 97.85
Spanier 66.80	Napoleonend'or 16.12	Zendenz: schwach.
5/8 Serben 78.30	Privatdisconto 17 1/2	Paris.
„ „ 81.50	Bayrische Ruderfabrik 81.80	4 1/2 Anleihe 81.18
Disconto Kommand. 187.78	Alkali Westeregin —	Spanier 66 1/2
Baierischer Staat 153.58	Wahntactien 215.—	Egypter 37.—
Darmstädter Bank 137.—	Staatsbahn 170 1/2	Ottomane 507.—
5/8 Serb. Hypoth. Obligat.	ombarden 67 1/2	Zendenz: matt.
78.70	Zendenz: matt.	

Todesanzeige.
R. 264. Bonndorf. Verwandten und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen, unsern innigstgeliebten, unvergeßlichen Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Ernst Faller
heute Abend 7 1/2 Uhr an seinem 22. Geburtstag nach fünfjähriger Krankheit in ein besseres Jenseits abzurufen.
Um stille Theilnahme bittet,
Bonndorf, 8. Januar 1888,
im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Heinrich Faller, Altpfister.

Todesanzeige.
Statt besonderer Anzeige.
Am 6. Januar, Abends 11 1/4 Uhr, verschied in Durlach in Folge von Altersschwäche unsere liebe Schwieger- und Großmutter, die verwitwete Frau **Notar Rheinländer**, geb. **Regine Castorph**, im 80. Lebensjahre.
Um stille Theilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Dahlhausen (Wupper).

Pensionsanerbieten.
R. 246.2. In einem feinen Hause in **Karlsruhe** finden noch ein oder zwei junge Mädchen, welche die hiesigen Verhältnisse besuchen, volle Pension. Adresse zu erfahren durch die Expedition dieses Blattes.

Badische Weine.
Beliebte angenehme Tischweine.
Guter Ersatz für Mosel.
1 Kiste
mit 20 grossen Flaschen
in 4 Sorten
20 Mark.
J. F. Menzer,
R. 265.1. Neckargemünd.

R. 133.18. Karlsruhe.
Feuer-, Fall- u. einbruch- sichere Geld-, Bücher- und Dokumenten-Schränke
empfehlen **Wilh. Weiss**
Karlsruhe, Erbprinzenstr. 24.

Bürgerliche Rechtspflege.
Definitive Zustellung.
R. 263.1. Nr. 250. Bruchsal. Die minderjährige **Anna Maria Lenz** in Fort, vertreten durch den Klagevormund **Franz Haber Lenz**, Tagelöhner von dort, klagt gegen den **Valentin Stegmüller**, Steinbrecher von Bruchsal, jetzt unbekanntem Aufenthalts aus außerordentlichem Beschluß mit der Mutter des klagenden Kindes - 1. Dezember 1887 - an bis zu dessen zurückgeletem 14. Lebensjahre, mit dem Antrage auf vorläufige Vollstreckbarkeit des Urtheils, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor **Großh. Amtsgericht Bruchsal** auf
Freitag den 24. Februar 1888,
Vormittags 9 1/2 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Bruchsal, den 7. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Riffel.**

Aufgebot.
R. 250.2. Nr. 20.088. Raftatt. Das **Großh. Amtsgericht Raftatt** hat unterm 31. Dezember 1887 folgendes Aufgebot erlassen:
Eugen Siegfried Streb in Rothensfeld besitzt in Folge verschiedener Theilkäufe aus den Jahren 1882 bis 1886 die auf Gemarkung Rothensfeld befindliche Sägmühle mit Wasserrecht und Holzlagerplatz; 7/10 am sog. Harrader Kat. Nr. 608, Dedung, Wiese u. Kanal und 3840 Rechte auf dem Wasserweg. Ueber den Erwerb dieser Eigenschaft ist im Grundbuch nichts eingetragen.
Auf Antrag des **Siegfried Streb** werden diejenigen, welche an oben genannten Eigenschaften in den Grund- und Unterpandbüchern nicht eingetragen und auch sonst nicht bekannte dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familiengutsverband beruhende Rechte haben, aufgefordert, dieselben spätestens in dem auf

Montag den 5. März 1888, früh 9 Uhr, angeordneten Aufgebotstermin anzumelden, indem sonst die nicht angemeldeten Ansprüche für erloschen erklärt werden. Dies wird hiermit veröffentlicht.
Raftatt, den 5. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Stoll.**

Die Gartenlaube

beginnt am 1. Januar einen neuen Jahrgang

mit **E. Marlitt's** hinterlassenen Roman „Das Guldenhaus“ und der Novelle „Die Todteninsel“ von **Richard Bohn**. Es folgen „Die Albensee“, Roman von **E. Werner** - „Der von Tollen“, Roman von **W. Reimburg** - „Hofkap“, von **Fanny Lewald** u. s. w.; belehrende Aufsätze aus allen Wissensgebieten. R. 521.2. Zu beziehen in Wochen-Nummern (Preis R. 1. 60, vierteljährlich) oder in 14 Heften à 50 Pf. oder 28 Halbheften à 25 Pf. durch alle Buchhandlungen.
Die Wochenausgabe auch durch die Postämter.

Ansicht-urtheile.
R. 261. Nr. 15.953. Emmendingen. Vom **Gr. Amtsgericht Emmendingen** wurde heute verfügt: Nachdem an die im Aufgebot vom 26. Oktober 1887, Nr. 13.275, bezeichneten Eigenschaften Rechte und Ansprüche der im Aufgebote bezeichneten Art nicht erhoben worden sind, werden solche dem Aufforderungskläger, **Landwirth Christian Leimstoll** in Denzlingen, gegenüber für erloschen erklärt. Emmendingen, den 29. Dezember 1887. Der Gerichtsschreiber **des Gr. Amtsgerichts: Jäger.**

Vermögensabänderungen.
R. 640. Nr. 15.204. Karlsruhe. Durch **Urtheil Gr. Landgerichts Karlsruhe**, III. Civilkammer, vom heutigen Tage wurde die Ehefrau des **Küfers Franz Siegel**, **Maria Philippine**, geborne **Burkart** in Baden, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzufordern. Dies wird hiermit zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.
Karlsruhe, den 29. Dezember 1887. Der Gerichtsschreiber **des Großh. bad. Landgerichts: Bone.**

Entmündigungen.
R. 259. Nr. 669. Forzheim. Durch **Beschluß Großh. Amtsgerichts** vom 17. November v. J., Nr. 32.701, wurden **Philipp und Katharina Beder** von Weiler wegen Blödsinns entmündigt und unterm heutigen Gemeinderath **Philipp Hörmann** von Weiler als deren Vormund ernannt.
Forzheim, den 2. Januar 1888. **Großh. bad. Amtsgericht: Frey.**

R. 267. Nr. 503. Mannheim. **Wilhelm Heideberger**, ledig, von Mannheim, wurde durch **Beschluß Gr. Amtsgerichts Mannheim** 11 vom 28. Dezember 1887, Nr. 68.579, wegen Geisteskrankheit entmündigt.
Mannheim, den 3. Januar 1888. **Großh. bad. Amtsgericht: Stein.**

R. 266. Nr. 504. Mannheim. **Gärtner Bernhard Damm** von Mannheim wurde durch **Beschluß Gr. Amtsgerichts Mannheim** 11 vom 23. Dezember 1887, Nr. 67.776, wegen Geisteskrankheit entmündigt.
Mannheim, den 3. Januar 1888. **Großh. bad. Amtsgericht: Stein.**

R. 268. Nr. 724. Mannheim. Durch **Beschluß des Gr. Amtsgerichts Mannheim**, Abth. V, vom 6. Dezember 1887, Nr. 65.785, ist der 25 Jahre alte ledige, gewerbslose **Marie Wurz** von hier verboten worden, ohne Bewilligung eines Verstandes für die Zukunft Verträge zu schließen, Anleihen anzunehmen, angriffliche Kapitalien zu erheben, dafür Empfangsscheine zu geben, Güter zu veräußern und zu verpfänden und hierüber zu rechten.
Mannheim, den 3. Januar 1888. **Großh. bad. Amtsgericht: Stein.**

Erbeinweisungen.
R. 245.2. Nr. 74. Engen. **Mathias Preter Witwe**, **Agatha**, geb. **Engelner** in Watterdingen, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes gebeten. Diesem Gesuch wird entsprochen, wenn nicht innerhalb vier Wochen darüber Einsprache erhoben wird.
Engen, den 4. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: J. Schäffner.**

R. 228.3. Nr. 14.116. Säckingen. **Johann Baptist Entling Witwe**, **Faulina**, geborne **Heig** in Niederschwarzhof, hat um Einweisung in die Gewähr des Nachlasses ihres Ehemannes nachgesucht.
Einsprachen hiergegen sind binnen sechs Wochen darüber geltend zu machen.
Säckingen, den 2. Januar 1888. **Großh. bad. Amtsgericht: gez. Pöhlinger.**

Die **Ueberreinerklärung** mit der **Urtheil** beurkundet.
Der Gerichtsschreiber:
Frey.
R. 255.2. Nr. 13.560. Ueberlingen. Die **Witwe des Tagelöhners** und **Landwirths Konstantin Frey** von Hagau hat um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres Ehemannes gebeten. Diesem Gesuche wird entsprochen, wenn nicht innerhalb 6 Wochen Einsprache erhoben werden.
Ueberlingen, den 31. Dezember 1887. Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Fromberg.**

R. 260. Nr. 142. Bahl. **Gr. Amtsgericht** hat heute verfügt: Wird nunmehr, da in der durch die diesseitige Verfügung vom 4. November 1887, Nr. 6108, gekannten sechswohentlichen Frist eine Einsprache nicht erhoben wurde, die **Witwe des Landwirths Gregor Hofmann** von Schwarzbach,

14. **Johannes Garni**, geb. am 24. Juni 1865 zu Weil, zuletzt allda, 15. **Georg Friedrich Samuel Hütter**, geb. am 26. Dezember 1865 zu Weil, zuletzt in Ehmringen, 16. **Karl Friedrich Kitzner**, geb. am 18. Februar 1865 zu Niederrimmingen, zuletzt allda, werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß das Bundesgebiet verlassen, oder nach erreichte militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebiets aufgehalten zu haben, -

Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str. G. B.
Dieselben werden auf
Samstag den 25. Februar 1888,
Vormittags 9 Uhr,
vor die II. Strafkammer des **Gr. Landgerichts** dahier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem **Gr. Bezirksämtern Vörrach und Breisach** über die der Anlage zu Grunde liegenden Thatsachen ausgestellten **Erklärungen** verurtheilt werden.
Durch **Beschluß des Gr. Landgerichts - Strafkammer II** - hier vom 13. Dezbr. 1887 wurde folgendes verfügt:

Nach Ansicht des § 140 St. G. B. §§ 480, 325 St. P. O. wird zur Dedung der den Angeklagten
Karl Friedrich Großhans von Bingen
möglichsterweise treffenden höchsten Geldstrafe und der Kosten auf 400 Mark der bingliche Arrest auf die dem Angeklagten bei **Martin Großhans** in Heidelberg zuletzende Forderung im Betrage von 114 Mark gelegt und diese Forderung hiemit gepfändet. Dem Schuldner wird unterlag, diesen Betrag an den Gläubiger auszubehalten. Der Angeklagte hat sich jeder Verfügung über die Forderung zu enthalten.
Durch Hinterlegung von 400 Mark wird die Vollziehung des Arrestes gehemmt und der Angeklagte zu dem Antrag auf Aufhebung des vollzogenen Arrestes berechtigt.
Freiburg, den 5. Januar 1888. **Großh. Staatsanwaltschaft: Geiler.**

R. 638.1. Nr. 249.50. Heidelberg. 1. Der am 26. Novbr. 1864 zu Reichen geborne **Philipp Joh. Brandmaier**, zuletzt wohnhaft allda, 2. der am 28. April 1865 zu Dühren geb. **Friedrich Wilhelm Stock**, zuletzt wohnhaft allda, 3. der am 4. April 1865 zu Eichelbach geborne **Friedrich Wilhelm Bender**, zuletzt wohnhaft allda, 4. der am 16. Mai 1865 in Hoffenheim geb. **Johann Jakob Kaiser**, zuletzt wohnhaft allda, 5. der am 30. Dezember 1865 zu Wilschelsfeld geborne **David Strauß**, zuletzt wohnhaft allda, 6. der am 13. September 1865 zu Reichen geb. **Wesiger August Bowninkel**, zuletzt wohnhaft allda, 7. der am 10. Februar 1865 zu Koblenz geb. **Buchdrucker Johann Georg Stemyer**, zuletzt wohnhaft allda, 8. der am 30. Juli 1865 zu Sinsheim geborne **Kaufmann Karl Friedrich Stefan Braun**, zuletzt wohnhaft allda, 9. der am 6. September 1865 zu Sinsheim geb. **Kaspar Jäger**, zuletzt wohnhaft allda, 10. der am 5. November 1865 zu Baldangello geborne **Kaspar Friedrich Kemm**, zuletzt wohnhaft in Wilschelsfeld, 11. der am 7. März 1865 in Zuzenhausen geborne **Landwirth Heinrich Adam Zahn**, zuletzt wohnhaft allda, 12. der am 9. Januar 1863 zu Schwewe geb. **Student Gustav Friedrich Küberich**, zuletzt wohnhaft in Heidelberg, 13. der am 6. Juli 1861 zu Wechheim geb. **Evangelist Joh. Philipp Hofmann**, zul. wohnh. in Neuenheim, werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichte militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebiets aufgehalten zu haben, -

Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str. G. B.
Dieselben werden auf
Freitag den 24. Februar 1888,
Vormittags 9 Uhr,
vor die II. Strafkammer des **Gr. Landgerichts Mannheim** zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von den **Civilvorrichtern der Erfassungskommissionen zu Sinsheim, Schwewe und Worms** vom 24. und 22. November und 22. September 1887 über die der Anlage zu Grunde liegenden Thatsachen ausgestellten **Erklärungen** verurtheilt werden.
Heidelberg, den 7. Januar 1888. **Großh. Staatsanwaltschaft: v. Dufsch.**

R. 585.3. Nr. 11.806. Eppingen. Der am 10. Mai 1858 in Sulzfeld geborne **Kutlieb Schmitt**, zuletzt wohnhaft in Sulzfeld, wird beschuldigt, als Wehrmann der Landwehr ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein.
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.
Derselbe wird auf Anordnung des **Großh. Amtsgerichts** hier selbst auf:
Freitag den 23. März 1888,
Vormittags 1 1/2 Uhr,

Strafrechtspflege.
Sabungen.
R. 632.1. Nr. 101. Freiburg. 1. **Simon Bloch**, geb. am 23. März 1862 zu Kirchen, zuletzt allda, 2. **Karl Friedrich Großhans**, geb. am 22. Februar 1865 zu Vizingen, zuletzt in Kirchen, 3. **August Krebs**, geb. am 7. Dezember 1865 zu Vizingen, zuletzt in Vörrach, 4. **Ernst Friedrich Tanner**, geb. am 25. Juli 1865 zu Vizingen, zuletzt in Weil, 5. **Johann Georg Kaiser**, geb. am 29. März 1865 zu Degerfelden, zuletzt in Vörrach, 6. **Johann Georg Hagitt**, geb. am 23. Mai 1865 zu Fischingen, zuletzt in Kirchen, 7. **Fritz Birgin**, geb. am 6. Februar 1865 zu Haltungen, zuletzt allda, 8. **Abraham Weil**, geb. am 17. Mai 1865 zu Kirchen, zuletzt allda, 9. **August Boos**, geb. am 23. August 1865 zu Vörrach, zuletzt in Vörrach, 10. **Karl Julius Lamm**, geb. am 30. September 1865 zu Vörrach, zuletzt in Stetten, 11. **Gottfried Wiedmer**, geb. am 4. April 1865 zu Vörrach, zuletzt in Nalzingen, 12. **Jakob Friedrich Felscher**, geb. am 13. August 1865 zu Wappach, zuletzt in Stetten, 13. **Gustav Adolph Edelmann**, geb. am 13. Dezember 1865 zu Stetten, zuletzt ebenda,

vor das **Gr. Schöffengericht Eppingen** zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem **Königl. Bezirkskommando Bruchsal** ausgestellten **Erklärung** verurtheilt werden.
Eppingen, den 31. Dezember 1887.
Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Müller.**

R. 615.3. Nr. 30. Wiesloch. Der ledige **Landwirth Jakob Scheufele** von Waldorf und der ledige **Antreicher Johann Anton König** von Nordborn, zuletzt wohnhaft in Waldorf, werden beschuldigt, und zwar **Kaiser** als **Belehrter** der **Landwehr** ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden **Ansauerung** der **Militärbehörde** Kenntnis zu haben, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.
Dieselben werden auf Anordnung des **Großh. Amtsgerichts** hier selbst auf:
Mittwoch den 22. Februar 1888,
Vormittags 9 1/2 Uhr,
vor das **Großh. Schöffengericht zu Wiesloch** zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem **Königl. Bezirkskommando Bruchsal** ausgestellten **Erklärung** verurtheilt werden.
Wiesloch, den 2. Januar 1888. **Kumpf.**
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts: R. 642. Karlsruhe.

Bekanntmachung.
Die **Jakob Weibel Eheleute** in **Wiedrich a. Rh.** haben um die Erlaubniß nachgesucht, den Familiennamen des minderjährigen **Friedrich Julius Hauswyl** von Dohheim in **Wiedrich a. Rh.** ändern zu dürfen.
Etwasige Einsprachen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind innerhalb drei Wochen anber einzureichen.
Karlsruhe, den 6. Januar 1888.
Ministerium
der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Roff. Siebne.

R. 641. Nr. 356. Oberkirch.
Bekanntmachung.
Im **Amtsbezirk Oberkirch** ist der **Ute Kaminsgereditz** mit dem **Wohnsitz** zu **Duppenau** erledigt. Derselbe umfasst 9 Gemeinden des **Amtsbezirks** und hat 11.607 **Einwohner**.
In dem wir bemerken, daß die erledigte Stelle mit einer **Bruttoeinnahme** von **1500 M.** veranschlagt und mit einer an die **Witwe** eines früheren **Stelleninhabers** auf die Dauer bis 1. August 1891 zu zahlenden **Unterhaltsrente** von jährlich **200 Mark** belastet ist, laden wir zur **Bewerbung** und **Vorlage** der vorgeschriebenen **Zeugnisse** ein.
Oberkirch, den 4. Januar 1888.
Großh. bad. Bezirksamt: Gadam.

R. 265. Ertlingen.
Öffentliche Versteigerung.
Freitag den 13. Januar d. J., Nachmittags 3 Uhr, werde ich am **Wahnhof in Ertlingen**
100 Tsch (Doppelentner) Gerste gegen baare Zahlung im Auftrage öffentlich versteigern.
Ertlingen, den 10. Januar 1888.
Salzgeber,
Gerichtsvollzieher.

Guts-Verpachtung.
R. 209.2. Mein bei **Heidelberg** gelegenes Gut, enthaltend 156 M. best und hinreichend eingebaute, gute Acker und Wiesen, leb. Invent. 30 Kühe, 7 Pferde, Schweine, ebenlo. Invent. Alles im schönsten Zustande, bin ich Willens, auf 12 Jahre, vom 1. April d. ab zu verpachten. Erforderliches Vermögen 25.000 M.
Offerten sub V. B. 1. in der Expedition dieses Blattes.
R. 644. Nr. 81. Sinsheim.
Erledigte Gehilfenstelle.
Die Stelle eines **Bureauhilfen** mit einem jährlichen Gehalte von 1200 M. soll auf 1. März d. J. anderweitig besetzt werden.
Bewerberinnen wollen unter **Anschluß** von **Zeugnissen** bis zum 1. Februar bei uns eingereicht werden.
Großh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion Sinsheim.
(Mit einer Beilage.)

vor das **Gr. Schöffengericht Eppingen** zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem **Königl. Bezirkskommando Bruchsal** ausgestellten **Erklärung** verurtheilt werden.
Eppingen, den 31. Dezember 1887.
Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Müller.**

R. 612.3. Nr. 23.079. Schwegingen. Der am 3. August 1860 zu Seddenheim geborne und zuletzt daselbst wohnhaft ledige **Landwirth Leonhard Dörner** wird beschuldigt, als **beurlaubter Reserveist** ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein - Uebertretung gegen § 360 Abs. 1 Nr. 3 St. G. B.
Dieselbe wird auf Anordnung des **Gr. Amtsgerichts** dahier auf:
Freitag den 9. März 1888,
Vormittags 9 1/2 Uhr,
vor das **Großh. Schöffengericht Schwegingen** zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der St. P. O. von dem **Königl. Landwehrbezirkskommando Bruchsal** ausgestellten **Erklärung** verurtheilt werden.
Schwegingen, den 30. Dezember 1887. Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Müller.**

R. 615.3. Nr. 30. Wiesloch. Der ledige **Landwirth Jakob Scheufele** von Waldorf und der ledige **Antreicher Johann Anton König** von Nordborn, zuletzt wohnhaft in Waldorf, werden beschuldigt, und zwar **Kaiser** als **beurlaubter Reserveist** ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden **Ansauerung** der **Militärbehörde** Kenntnis zu haben, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.
Dieselben werden auf Anordnung des **Großh. Amtsgerichts** hier selbst auf:
Mittwoch den 22. Februar 1888,
Vormittags 9 1/2 Uhr,
vor das **Großh. Schöffengericht zu Wiesloch** zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem **Königl. Bezirkskommando Bruchsal** ausgestellten **Erklärung** verurtheilt werden.
Wiesloch, den 2. Januar 1888. **Kumpf.**
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts: R. 642. Karlsruhe.

Bekanntmachung.
Die **Jakob Weibel Eheleute** in **Wiedrich a. Rh.** haben um die Erlaubniß nachgesucht, den Familiennamen des minderjährigen **Friedrich Julius Hauswyl** von Dohheim in **Wiedrich a. Rh.** ändern zu dürfen.
Etwasige Einsprachen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind innerhalb drei Wochen anber einzureichen.
Karlsruhe, den 6. Januar 1888.
Ministerium
der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Roff. Siebne.

R. 641. Nr. 356. Oberkirch.
Bekanntmachung.
Im **Amtsbezirk Oberkirch** ist der **Ute Kaminsgereditz** mit dem **Wohnsitz** zu **Duppenau** erledigt. Derselbe umfasst 9 Gemeinden des **Amtsbezirks** und hat 11.607 **Einwohner**.
In dem wir bemerken, daß die erledigte Stelle mit einer **Bruttoeinnahme** von **1500 M.** veranschlagt und mit einer an die **Witwe** eines früheren **Stelleninhabers** auf die Dauer bis 1. August 1891 zu zahlenden **Unterhaltsrente** von jährlich **200 Mark** belastet ist, laden wir zur **Bewerbung** und **Vorlage** der vorgeschriebenen **Zeugnisse** ein.
Oberkirch, den 4. Januar 1888.
Großh. bad. Bezirksamt: Gadam.

R. 265. Ertlingen.
Öffentliche Versteigerung.
Freitag den 13. Januar d. J., Nachmittags 3 Uhr, werde ich am **Wahnhof in Ertlingen**
100 Tsch (Doppelentner) Gerste gegen baare Zahlung im Auftrage öffentlich versteigern.
Ertlingen, den 10. Januar 1888.
Salzgeber,
Gerichtsvollzieher.

Guts-Verpachtung.
R. 209.2. Mein bei **Heidelberg** gelegenes Gut, enthaltend 156 M. best und hinreichend eingebaute, gute Acker und Wiesen, leb. Invent. 30 Kühe, 7 Pferde, Schweine, ebenlo. Invent. Alles im schönsten Zustande, bin ich Willens, auf 12 Jahre, vom 1. April d. ab zu verpachten. Erforderliches Vermögen 25.000 M.
Offerten sub V. B. 1. in der Expedition dieses Blattes.
R. 644. Nr. 81. Sinsheim.
Erledigte Gehilfenstelle.
Die Stelle eines **Bureauhilfen** mit einem jährlichen Gehalte von 1200 M. soll auf 1. März d. J. anderweitig besetzt werden.
Bewerberinnen wollen unter **Anschluß** von **Zeugnissen** bis zum 1. Februar bei uns eingereicht werden.
Großh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion Sinsheim.
(Mit einer Beilage.)

Bekanntmachung.
Die **Jakob Weibel Eheleute** in **Wiedrich a. Rh.** haben um die Erlaubniß nachgesucht, den Familiennamen des minderjährigen **Friedrich Julius Hauswyl** von Dohheim in **Wiedrich a. Rh.** ändern zu dürfen.
Etwasige Einsprachen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind innerhalb drei Wochen anber einzureichen.
Karlsruhe, den 6. Januar 1888.
Ministerium
der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Roff. Siebne.

R. 641. Nr. 356. Oberkirch.
Bekanntmachung.
Im **Amtsbezirk Oberkirch** ist der **Ute Kaminsgereditz** mit dem **Wohnsitz** zu **Duppenau** erledigt. Derselbe umfasst 9 Gemeinden des **Amtsbezirks** und hat 11.607 **Einwohner**.
In dem wir bemerken, daß die erledigte Stelle mit einer **Bruttoeinnahme** von **1500 M.** veranschlagt und mit einer an die **Witwe** eines früheren **Stelleninhabers** auf die Dauer bis 1. August 1891 zu zahlenden **Unterhaltsrente** von jährlich **200 Mark** belastet ist, laden wir zur **Bewerbung** und **Vorlage** der vorgeschriebenen **Zeugnisse** ein.
Oberkirch, den 4. Januar 1888.
Großh. bad. Bezirksamt: Gadam.

R. 265. Ertlingen.
Öffentliche Versteigerung.
Freitag den 13. Januar d. J., Nachmittags 3 Uhr, werde ich am **Wahnhof in Ertlingen**
100 Tsch (Doppelentner) Gerste gegen baare Zahlung im Auftrage öffentlich versteigern.
Ertlingen, den 10. Januar 1888.
Salzgeber,
Gerichtsvollzieher.

Guts-Verpachtung.
R. 209.2. Mein bei **Heidelberg** gelegenes Gut, enthaltend 156 M. best und hinreichend eingebaute, gute Acker und Wiesen, leb. Invent. 30 Kühe, 7 Pferde, Schweine, ebenlo. Invent. Alles im schönsten Zustande, bin ich Willens, auf 12 Jahre, vom 1. April d. ab zu verpachten. Erforderliches Vermögen 25.000 M.
Offerten sub V. B. 1. in der Expedition dieses Blattes.
R. 644. Nr. 81. Sinsheim.
Erledigte Gehilfenstelle.
Die Stelle eines **Bureauhilfen** mit einem jährlichen Gehalte von 1200 M. soll auf 1. März d. J. anderweitig besetzt werden.
Bewerberinnen wollen unter **Anschluß** von **Zeugnissen** bis zum 1. Februar bei uns eingereicht werden.
Großh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion Sinsheim.
(Mit einer Beilage.)

Bekanntmachung.
Die **Jakob Weibel Eheleute** in **Wiedrich a. Rh.** haben um die Erlaubniß nachgesucht, den Familiennamen des minderjährigen **Friedrich Julius Hauswyl** von Dohheim in **Wiedrich a. Rh.** ändern zu dürfen.
Etwasige Einsprachen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind innerhalb drei Wochen anber einzureichen.
Karlsruhe, den 6. Januar 1888.
Ministerium
der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Roff. Siebne.